

chenland, ideal, weil ein Staat, der geschummelt hat. Also konzentriert sich die Debatte – besonders in den volksdummlichen Medien – auf die „Griechenland-Krise“.

Dass die Lernschwäche der Eliten in die nächste Krisenphase führen muss, war erkennbar. Im Frühjahr 2010, als die Krise überwunden schien, schrieb ich in einem Büchlein: „Die schwierigste Phase der großen Krise liegt nicht hinter uns, sondern vor uns. Ein neuerlicher Rückgang der Aktienkurse bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit, leeren Staatskassen und zunehmendem Zweifel an der realen Deckung der Staatsschulden wird ohne kluge Gegensteuerung dazu führen, dass alle Sektoren versuchen, ihre Lage durch Sparen abzusichern: Unternehmer, Haushalte, Ausland und Staat. Das ist der Stoff, aus dem ökonomische Depressionen gemacht sind.“

PULVER DER GELDPOLITIK VERSCHOSSEN

Jetzt ist es so weit: Wie 2008 werden Aktien- und Rohstoffvermögen entwertet, diesmal auch noch die meisten Staatsanleihen, die Nachfrage von Unternehmen und Haushalten sinkt (nicht zuletzt durch Schrumpfen der zweiten und dritten „Säule“ der den Börsen anvertrauten Altersvorsorge). Was die Situation schlimmer macht als vor drei Jahren: Das Pulver der Fiskal- und Geldpolitik ist verschossen. Weiters: Das realkapitalistische China wird den finanzkapitalistischen Westen nicht mehr in gleichem Maß stabilisieren können wie 2009.

Damit beginnt ein spannendes „Dreierenspiel“ zwischen ÖkonomInnen, FinanzakteurInnen und PolitikerInnen. Die meisten WirtschaftswissenschaftlerInnen plädieren für eine härtere Sparpolitik, eine Insolvenz Griechenlands, (damit) einen Austritt aus der Währungsunion und für eine Abwertung der neuen/alten Währung. Sie wiederholen damit die Empfehlungen der 1930er-Jahre, wissen es aber nicht und brauchen es auch nicht zu wissen – die neoliberalen Wahrheiten sind ja

gültig jenseits von Zeit und Raum. Die FinanzakteurInnen reagieren auf Nachrichten, welche mehr Sparpolitik und eine Insolvenz Griechenlands signalisieren, mit massiven Kurseinbrüchen; versprechen die PolitikerInnen die Rettung Griechenlands, werden sie mit einem Kursfeuerwerk belohnt. Gleichzeitig weiß die Politik: Eine Fortsetzung des „Bärenmarkts“ muss in eine Rezession führen (wie 2001 und 2008).

Sobald die Politik die Signale der FinanzakteurInnen verstanden hat, wird sie sich auf ihre Seite schlagen. Da das dauert, hat Ackermann kürzlich nachgelegt und Restriktionen für den automatischen Börsenhandel gefordert. Man müsse so Herdeneffekte vermeiden. Hintergrund: Die Finanzakrobaten sind sich bewusst, wie sehr sie in einem „Gefangenen-dilemma“ stecken. Um die Vermögen zu retten, müssen sie nach „Bärensignalen“ aussteigen, indem sie das tun, dezimieren sie als Herde das gesamte Aktienvermögen. Sie wollen daher jetzt vor sich selbst gerettet werden. Noch ist die Geschwindigkeit der Krisenausbreitung höher als die Lerngeschwindigkeit der PolitikerInnen (die WissenschaftlerInnen sind als Folge ihrer Marktreligiosität bereits hoffnungslos abgehängt). Doch die Nachhilfe der FinanzakteurInnen könnte das Lernen der Politik beschleunigen und so eine Depression vermeiden helfen.

Wie das Spiel ausgeht, wird die EZB entscheiden. Ihr Selbsterhaltungstrieb macht zuversichtlich. Die EZB fürchtet nämlich (zu Recht) unabsehbare Kettenreaktionen im Fall einer Griechenland-Insolvenz. Und mit dem Euro würde auch sie verschwinden. Gleichzeitig kann eine Zentralbank alles, nämlich Geld aus dem Nichts schaffen, und aus Notwehr ist alles erlaubt. Hoffen wir also, dass die EZB aus Sorge um sich selbst und die Währungsunion alle Normenübertretungen auf sich nimmt, die zur Rettung des Euro erforderlich sind.

Stephan Schulmeister



Sabine Vogler

Sprecherin der AI-Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen

Bahrain: LehrgewerkschafterInnen vor Gericht

Arabischer Frühling auch im kleinen Königreich Bahrain. Tausende Menschen gingen im Februar und März 2011 friedlich auf die Straße, doch ihre Forderung nach Demokratie wurde mit brutaler Repression beantwortet.

Hunderte Menschen wurden verhaftet, darunter auch zahlreiche FunktionärInnen und Mitglieder der LehrerInnen-gewerkschaft BTA (Bahrain Teachers' Association).

Die bahrainische Regierung löste im Frühjahr 2011 die BTA auf. Jalila al-Salman, der ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden, und Mahdi ,Issa Mahdi Abu Dheeb, dem einstigen Vorsitzenden, wird wegen ihrer Unterstützung für die Demokratiebewegung der Prozess vor einem Militärgericht gemacht.

Jalila al-Salman und Mahdi ,Issa Mahdi Abu Dheeb waren im Sommer 2011 bereits viermal vor Gericht geladen. Der nächste Verhandlungstermin ist für Ende September 2011 angesetzt.

Amnesty International erachtet die GewerkschafterInnen als Gewissensgefangene, die nur wegen Ausübung ihres Rechts auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Haft sind.

Die Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen bietet unter <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at> eine Appellaktion zur Unterstützung der KollegInnen in Bahrain an.